



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Pettzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herben zu richten. Redaktion: Fritz Pietsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 2.

Nr. 49

Charlottenburg, den 2. Dezember 1904

81. Jahrg.

Kollegen und Kolleginnen! Wer den Frieden will, rüste für den Krieg! Denkt an den Streikfonds; entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Vollsperr**e besteht über Blechhammer (Bernhard Löhner), Gifhorn, Stägerbach für Maler, Schlierbach, Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik), Wittenberg Steingutfabrik, für Tellerdreher.

Halbsperr:

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Bonn (Mehl), Düsseldorf (Wortmann u. Ebers, Emailierwerk), Frankfurt a. D. (Paetsch), Freienorla, Garitz, Gerweiler, Gräfenroda (Seene, Heißner, Edert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königszell, Kranichfeld, Plauen (Wicht), Neustadt b. Coburg, Deslau, Passau, Roschitz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Tettau, Triptis, Ueckendorf.

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). — Kunstwaren-Fabrik von Rudolf Dittmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — Brünn für Maler gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Porzellanfabrik Meßler u. Co. in Briesen bei Bilitz.

Nun aber weiter.

— Mit den jetzt beendeten Agitationsversammlungen in Sachsen schloß eine Reihe von Versammlungen, die mehr denn siebenzig, sich auf den kurzen Zeitraum von nicht ganz vier Monaten zusammen drängten. Zweifellos umschließen sie ein gutes Stück Organisationsarbeit und nicht überflüssig ist es daher, wenn wir jetzt am Schluß dieser ersteren größeren Agitationscampagne nach langer Zeit, einen kurzen, allgemein gehaltenen Rückblick über sie halten möchten. — Weit dehnte sich der Kreis der Versammlungen aus: In Schlesten und Oberfranken, hinunter bis hart an die böhmische Grenze, waren unsere

Nebner zu finden. Thüringen wurde besonders reich mit Versammlungen bedacht. In fast allen Gegenden dieses eben so schönen, wie für die Lage der Porzelliner so traurigen Landes riefen wir die Kollegen zur Organisation und zur Arbeit für sie auf. An der Wassertaube, im Hannoverschen, im Rheinlande und in Westfalen sammelten wir die Kollegen. Weitere Versammlungen fanden in Baden, Württemberg und Bayern, im Böhmerlande und zum Schluß in Sachsen statt. Freilich wären wir am liebsten noch weiter gegangen, hätten gern alle unsere Zahlstellen mit einer öffentlichen Versammlung bedacht, aber die augenblicklichen Verhältnisse zwangen uns zum Einhalten gewisser Grenzen. Doch es war ein Agitationsstreifzug durch das ganze Land. War er nun notwendig, blieb der Erfolg nicht aus? Sicher werden diese Fragen gestellt werden. Wir wollen sie in Nachstehendem zu beantworten versuchen.

Für jeden unserer Kollegen, der nur einige Kenntnisse von der Schwierigkeit hat mit denen gerade unsere Organisation zu kämpfen hat, wird die Frage nach der Notwendigkeit der Versammlungen von vornherein mit ja beantwortet sein. Drängten denn nicht schon immer einzelne Zahlstellen darauf, der Vorstand solle ihnen einen Nebner senden, sie wollten Versammlungen veranstalten? Vereinzelt die Versammlungen abzuhalten bedeutete Kraft- und Zeitvergeudung und dann hatten nicht nur die wenigen fordernden Zahlstellen Versammlungen nötig, sondern allen unseren Kollegen konnten Versammlungen nicht schaden. Wo waren und sind denn schon heute die Organisationsverhältnisse auch nur einigermaßen befriedigende zu nennen? Die wenigen Ausnahmen, für die das der Fall sein könnte, bestätigen doch nur die Regel. Und diese war, daß das Organisationsleben in den einzelnen Zahlstellen zumeist arg darnieder lag. Die Versammlungen wurden nicht besucht. Die schwachen Mitglieder liefen davon, wenn

irgendwo Kämpfe ausbrachen, Extraleistungen von ihnen gefordert wurden. Und vielfach hatten die leitenden Kollegen weder die Lust noch die Kraft die Fahnenflüchtigen zum Stehen zu bringen, sie bei uns zu behalten. Daraus erkläre ich mir zum größten Teile die traurige Erscheinung des Mitgliederverlustes anlässlich der letzten Extrabeiträge. Freilich, nun ist dieser Verlust bei weitem wieder wett gemacht worden, aber schon daß er vor sich gehen konnte zeigt, daß wir noch viel zur Stärkung der schon organisierten Kollegen zu tun haben. Aber nicht den leitenden Kollegen in den einzelnen Zahlstellen allein soll die Schuld für die anerkannten Uebelstände treffen. Sie ist wohl zumeist in den Gesamtverhältnissen unseres Verbandes zu suchen. Man weiß und fühlte ja, wie unter diesem und jenem, was wir im Innern und nach Außen hin durch zu machen hatten, die Verbindung des Vorstandes mit den Zahlstellen nicht in der Weise aufrecht erhalten werden konnte, wie es im Interesse einer kräftigen Weiterentwicklung unseres Verbandes notwendig gewesen wäre. War es doch selten möglich, daß ein Kollege aus dem Vorstand hinaus konnte, um Versammlungen abzuhalten und die Kollegen in ihren Agitationsarbeiten anzuleiten und zu unterstützen. Man glaubte ja auch, in den Agitationskommissionen eine Einrichtung geschaffen zu haben, die von weittragender Bedeutung für die Agitation sein und den Hauptvorstand in dieser Beziehung entlasten würde. Dieser gewünschte Erfolg trat leider nicht ein und die meisten Agitationskommissionen sind ihrer Aufgabe nicht im entferntesten gerecht geworden. Doch darüber ein anderes Mal mehr. Jedenfalls aber fehlte es an Agitationsarbeit, sei dafür die Schuld diesem oder jenem zu zuschieben. Wie wäre es denn sonst wohl auch möglich gewesen, daß in unserer letzten Jahresrechnung nur ein so verschwindend kleiner Betrag die Agitationsausgaben in sich schließen konnte? Doch das ist ja nun anders geworden. Die Kosten sind gestiegen, es ist auch in dieser

Sinnsicht etwas getan worden und nun wollen wir sehen, ob der Erfolg auch die aufgewendete Mühe und Kosten lohnte oder noch lohnen wird.

Freilich, wer die Berichte aus Thüringen allein gelesen hat, sich nur schwer zu einem Erfolge bekennen wollen; denn grau waren die Bilder, die sich dort, mit nur wenigen Ausnahmen vor uns entrollten. Eine Teilnahmslosigkeit ohne Gleichen hat dort weite Kollegentreise erfasst und kraftlos und ohne Willen und Energie lassen Hunderte von Kollegen die Hände in dem Schooß liegen, aufzig zusehend, wie ihnen ein Stück nach dem andern von ihrem Verdienst, von ihren Rechten genommen wird. Aber wir haben ja Thüringen nicht allein zu betrachten, sondern vor uns liegen noch Schlesien, Sachsen, Oberfranken, Norddeutschland, das Rheinland und Westfalen. Gewiß es fehlte auch dort vielfach an dem wünschenswerten Besuch der angelegten Versammlungen und manchmal fragte man sich wohl, wo bleiben denn die vielen Kollegen und Kolleginnen, die nicht anwesend sind. Warum fehlen sie? Aber nichts desto weniger ließ sich nach den meisten dieser Versammlungen ein Erfolg nicht verkennen. Nicht wollen wir hier an die vielfachen Neuaufnahmen denken noch der Gewinnung mehrerer neuer Zahlstellen weitere Erwähnung tun, sondern wir sehen einen wesentlichen Erfolg der Versammlungen noch in etwas anderem. Ueber die gewonnenen Mitglieder, die neu errichteten Zahlstellen werden ja die Quartalsabschlüsse, später die Jahresrechnung hinreichenden Aufschluß geben, so daß wir uns das Eingehen darauf ersparen können um von dem zu reden, was uns mit als der bedeutendste Erfolg dieser Agitationstouren gilt. Das ist die Stärkung und Aufmunterung der schon organisierten Kollegen. Es ist zweifellos, durch die Versammlungen wurde mancher wankende Kollege wieder in seinen Ansichten befestigt, der Wert und die Notwendigkeit der Organisations ihm sichtbar vor das Auge gerückt. Sein Horizont erweiterte sich. Man sah und sieht jetzt wieder in der Organisation mehr deren weiter gehende, über die Tagesbedürfnisse hinausreichende Bedeutung. Die Verwaltungen wurden zu neuer Arbeit angeeifert. In den Reden lag manches, das den Kollegen ihre für unseren Verband werbende Tätigkeit viel-

sach erleichtern dürfte. So hoffen wir denn von diesen Versammlungen eine Vertiefung des Organisationsgedankens, der dann die Verbreitung von allein folgen muß. Darin liegt der Erfolg der Agitationsversammlungen. Ein Erfolg, mit dem wir vollauf zufrieden sein können. Das mag in erster Linie den zweifelnden Kollegen gesagt sein. Es ist nicht wahr, wir schreiten nicht zurück, wir stehen nicht mehr still, sondern es geht vorwärts! Es tat not und mag auch jetzt die Arbeit wieder schwer fallen, sie muß ausgeführt werden. Die Versammlungen schufen dazu eine festere Grundlage.

Nun gilt es weiter zu bauen, die geleistete Arbeit nicht wieder verfallen, unfruchtbar werden zu lassen. Hier müssen nun zu allererst die Kollegen selbst mit einsetzen. Das was sie in den Versammlungen gehört haben, muß immer und immer wieder überlegt werden. Man spricht mit seinem nichtorganisierten Kollegen darüber und sucht weiter zu geben, was man selbst empfangen hat. So muß jeder Einzelne arbeiten. Jeder Verbandskollege soll und muß ein Agitator, ein Werbender für unsere gemeinsame Sache sein. Nicht jeder kann reden, in Versammlungen seine guten Ansichten überzeugend und wirksam zum Ausdruck bringen, aber jeder kann, hat er nur den guten Willen, in seiner Weise für unsere Organisation, für seine Ansicht und Überzeugung arbeiten. Das verlangen wir von jedem Verbandskollegen. — Wir verlangen aber auch nicht minder, daß die Verwaltungen ihre vollste Schuldigkeit tun. Nicht mit einer sorgfältigen Kassen- und Versammlungsleitung allein ist der Begriff von einer guten Verwaltung erschöpft, sondern die Kollegen, die an jene ersten verantwortungsvollen Stellen gesetzt wurden, haben mehr zu leisten, weiter zu denken, umfassender zu arbeiten. Sie haben vor allen Dingen Anregungen zu weiterer Agitation zu geben, sie haben für interessante Versammlungen Sorge zu tragen und dadurch darauf zu wirken, daß der Versammlungsbesuch ein guter ist und das Organisationsgefühl und gesellschaftliche Zusammenleben sämtlicher Kollegen gehoben und gestärkt wird. Weitgehende Aufgaben, deren Erfüllung häufig vor unüberwindlich erscheinende Hindernisse zu stehen scheint, sind es, die hier die Ver-

waltungsmittglieder erwarten. Daran möchten wir gerade anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen erinnern und die Kollegen aufs dringendste raten, ja nur die tüchtigsten unter sich, zu diesen Posten zu berufen.

Sind die Kollegen von diesem Geiste erfüllt, sehen sie wirklich in der Organisation eine hittere Notwendigkeit, wollen sie für ihren Verband arbeiten und schaffen, die jetzt errungenen Erfolge ausnützen, dann frisch ans Werk. In unserem Kampfe, in dem Vorwärtsdrängen gibt es keine Ruhepause, gibt es keinen Halt! Vorwärts ist die Loosung!

Mögen um uns Zweifel auftauchen, die von Leuten ausgehen, welche ein Interesse daran haben, unsere Erfolge zu verkleinern, unserer Arbeiten zu bekritteln, wir werden uns dadurch von unserem Wege nicht abhalten noch uns in der Gewißheit, daß es wieder vorwärts geht, wankend machen lassen. Und allen Zweifeln, Bemängelungen und Angriffen setzen wir zuversichtlich und beharrlich entgegen:

Nun aber weiter!

Vom Reichstag.

Zu unserer kurzen Notiz in letzter Nummer unseres Blattes, den bevorstehenden Wiederauszusammentritt des Reichstags betreffend, geben wir ergänzend nachstehende Ausführungen über die in Aussicht stehenden Arbeiten des Reichstags und die Bedeutung der kommenden Sitzungsperiode wieder.

Das Arbeitsmaterial, das das Reichsparlament vorfindet, ist ein ganz erhebliches. Die im ersten Sessionsabschnitt unerledigt gebliebenen Sachen setzen sich zusammen aus einer Interpellation Auer und Genossen, betreffend die Außerbetriebsetzung von Kohlengruben im Ruhrrevier, 13 Wahlprüfungsberichten, 17 Petitionsberichten, 27 Vorlagen zur Kenntnisnahme und etwa 70 Initiativanträgen aller Parteien. In den Kommissionen befinden sich noch fünf Vorlagen, darunter die Börsengesetznovelle. Als neue Vorlagen kommen hinzu selbstverständlich in erster Linie der Etat und — soweit bis jetzt bekannt — die Handelsverträge, eine Heeresvorlage und die Geldforderungen für den Krieg in Südwestafrika.

fahr kommen sollte. Zur Ausbesserung von Wällen an reizenden Flüssen, zur Verhütung von Schäden durch niedergehende Schneee- und Erdmassen in den Tälern der Hochgebirge sind alle Einwohner verpflichtet. Es waren immer Arbeiten, von deren Ausführung das Wohl und Wehe der ganzen Gemeinde abhing. Nur die hatten sie zu leisten, die von ihnen Nutzen hatten. Gab es in einem Dorfe Handwerker oder Tagelöhner, die kein eigenes Feld oder Haus besaßen, da wurden ihnen auch keine Fronden zugemutet, an denen sie kein Interesse hatten, eine Scheidung, die heute noch in einigen Gemeinden der Schweiz vorhanden ist.

Später als diese genossenschaftlichen Fronden sind die grundherrlichen entstanden. Seit dem 6. Jahrhundert entwickelten sich die Großgrundherrschaften, vielfach in der Hand von Kirchen und Klöstern, und mit ihnen zugleich fand die eigentliche Fronhofswirtschaft Eingang. Von dem Herrenhofe aus wurde nur der nächstgelegene Teil der Herrschaft, das Salland, unmittelbar bewirtschaftet, die verstreut und weiter entfernt liegenden Stücke wurden an Dorfgemeinden verliehen, die dafür ihre Arbeitskraft für bestimmte Zeiten dem Hofe zur Verfügung

Feuilleton.

Der Frondienst als Arbeitssystem.

Die Frondienste, die sich bis in die neueste Zeit erhalten haben und zum Teil erst durch die sogenannte Bauernbefreiung und die Umwälzungen des Jahres 1848 beseitigt worden sind, gehen in ihren Anfängen bis auf die frühere germanische Zeit zurück. Sie bilden ein für das Mittelalter charakteristisches Arbeitssystem und sind der Ausdruck einer wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der der größte Teil der ländlichen Bevölkerung viele Jahrhunderte hindurch gestanden hat. Man hat lange Zeit die Verpflichtung der Bauern zu Gespann- und Handdiensten und andern als Fronden bezeichnet. Leistungen auf den Herrenhöfen für die Folgen einer ursprünglichen Leibeigenschaft und Sklaverei gehalten, aber bei einer eingehenderen Betrachtung der Quellen, wie sie uns in den Weistümern, den Aufzeichnungen von gerichtlichen Entscheidungen und bestehendem Recht zu Gebote stehen, ergibt sich, wenigstens für West- und Süddeutschland, eine entgegengesetzte Entwicklung, eine Entwicklung von Freiheit zu Ab-

hängigkeit. Aus zwei Wurzeln sind die Frondienste hervorgegangen, aus uralten genossenschaftlichen Pflichten, wie sie allen Mitgliedern der germanischen Markgenossenschaften oblagen, und grundherrlichen Leistungen, die mit dem Aufkommen der Großgrundherrschaften entstanden.

Die Trägerin der obersten Gewalt waren bei den alten Völkern die Volksversammlungen gewesen, ihnen kam die Wahrung des Friedens und des Schutzes gegen Eingriffe von außen zu. Wo diese oberste Gewalt auf einen König überging, da wurden auch die Leistungen für das Volk zu solchen für den König. Zu ihnen gehörten solche, welche nicht unmittelbar die Heeresfolge und Könige betrafen, Sicherungsdienste, Botendienste, Instandhaltung von Brücken und Wegen, Stellung von Pferden und Wagen. Aber auch innerhalb der Markgenossenschaft, der mittelalterlichen Gemeinde, nahm das Prinzip der Mitarbeit der Genossen für gemeinsame Zwecke eine bedeutungsvolle Stelle ein. Der Schutz gegen Waldreuel, die öffentliche Sicherheit, der Dorffriede verlangten stete Hilfsbereitschaft der Nachbarn. Brach bei einem Feuer aus, so mußten alle Mann beistehen, wenn nicht das ganze Dorf in Ge-

Man darf erwarten, daß sich die Verhandlungen des Reichstages von vornherein sehr interessant und lebhaft gestalten werden. Die inner- und außerpolitische Situation ist keineswegs eine befriedigende, vielmehr eine sehr ernste und kritische. Der Herero- und Hottentottenkrieg wirft böse Schatten. Um ihn, der dem deutschen Volke nicht das geringste nützt, auch in allgemein kultureller Hinsicht sehr ansehnlich ist, führen zu können, werden dem Volke gewaltige Opfer zugemutet. Wie verlautet, soll es sich zunächst um eine neue Forderung von 87 Millionen Mark handeln. Wie viel wirkliche Kulturarbeit ließe sich für diese Summe und das, was sonst der Kolonialpolitik geopfert wird, im deutschen Reiche selbst leisten! Da sind wir noch in so vielen Stücken kulturell erheblich rückständig: Statt diese Kraft der Nation — in erster Linie die Kraft der Arbeiterklasse — für kolonialpolitische Abenteuer in Anspruch zu nehmen sollte man sich ernsthaft und ehrlich bemühen, die Lage des arbeitenden Volkes zu verbessern. Was soll's mit der Behauptung, daß es die Aufgabe des deutschen Reiches sei, den „armen Wilden“ die „Segnungen der Kultur“ und des „Christentums“ zu bringen?! Das ist doch nur eine frivole Heuchelei, mit der man den wirklichen Zweck der Kolonialpolitik bemänteln möchte. Dieser Zweck ist die Vergewaltigung, die Unterdrückung und Ausbeutung der „armen Wilden“ im Interesse privater Besitzübernahme. Uns selbst fehlt es, wie gesagt, an Kultur. Wir haben Mangel an nützlichen und notwendigen Einrichtungen. Das arbeitende Volk hat sich abzufinden mit wirtschaftlicher Not und sozialem Elend aller Art. Es fehlt an Schulen und vor allen Dingen an guten Schulen, an Kranken- und Versorgungsanstalten, an der Pflege des humanitären Geistes. Die „armen Wilden“ lassen keinen der ihrigen vor Hunger elend umkommen, wie bei uns. Im zivilisierten „christlichen“ Deutschland geschieht es noch alle Tage, daß arme Proletarier dem Hunger zum Opfer fallen. Das wahre Christentum, gleichbedeutend mit reiner Humanität, heißt Gerechtigkeit, Gleichheit, Wohlfahrt für alle — in erster Linie Nachachtung des heiligen Rechtes der Arbeit. Unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse werden durch das Gegenteil charakterisiert. Der „freie“ Arbeiter wird als Lohnknecht behandelt, und

stellen. Ursprünglich aber waren die mit diesem Verhältnis verbundenen Dienste nicht solche, auf die der Herr von Rechts wegen Anspruch hatte, sie trugen vielmehr anfänglich ebenfalls den Charakter von freiwilligen Hilfeleistungen, die man wie bei den genossenschaftlichen, für einen einzelnen gewährte.

Die Sitte der gegenseitigen Unterstützung, wenn einer allein eine unternommene Arbeit nicht zu schaffen vermag, ist heute noch weit verbreitet. In noch ausgedehnterem Maße war das bei den alten Deutschen der Fall. Wo Freie und Unfreie in gleicher Weise in der Wirtschaft tätig waren, da konnte der Herr in Zeiten dringender Arbeit, während der Ernte, in erster Linie Hilfe von den auf seinem Grund und Boden angesiedelten Hinterlassen erwarten. Er durfte sie aber nur zu Außenarbeiten, zu Arbeiten auf dem Felde, verwenden, wie ihm solche auch von gleichgestellten Nachbarn geleistet werden konnten. Erst seit dem 12. Jahrhundert begann der Unterschied in den Arbeiten, die nur das unfreie Gesinde zu verrichten hatte, zu schwinden. Daß der Fronhof bis in das 15. Jahrhundert hinein den Frönern nicht als die „gestrenge Herrschaft“ erschien, sondern als der Wirt und Gastfreund, dem sie geholfen,

nach dem Dogmen des Interesses der herrschenden Stände und Klassen ist es „ganz selbstverständlich“, ja geradezu der „göttlichen Weltordnung“ entsprechend, daß das arbeitende Volk unterdrückt und entrechtet wird, arm und elend ist, damit einige wenige die Früchte der Arbeit sich aneignen können.

Die Gleichberechtigung der Arbeiter steht auf dem Papier; ihre praktische Bewährung sicher zu stellen, dazu will sich die „christliche“ und „staatserkhaltende“ Mehrheit des Reichstages nicht verstehen; sie ist vielmehr nach wie vor darauf bedacht, die Arbeiterklasse das Koalitionsrecht und womöglich auch das Wahlrecht zu rauben. Die sozialpolitische Gesetzgebung steht still; für die Arbeiter ist ja nach der Behauptung unserer Reaktionen schon viel zu viel geschehen. Im schroffsten Gegensatz zu der Notwendigkeit gründlicher sozialpolitischer Reformen geht das Bestreben der herrschenden Interessenrichtungen dahin, die Arbeiterklasse immer neu und immer schwerer zu belasten und tributpflichtig zu machen. Durch den neuen Zolltarif werden den Arbeitern die notwendigsten Lebensmittel und sonstigen Konsumartikel verteuert, was gleichbedeutend ist mit der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Demnächst soll der Reichstag dem agrarischen Lebensmittelmacher seine Zustimmung geben durch Annahme der Handelsverträge. Und weiter: neue Hunderte von Millionen werden vom Reichstage verlangt werden für die „Weltmachtspolitik“, für Heer und Flotte und was damit zusammen hängt. Alle die stetig anwachsenden, ins Ungeheure steigenden Summen — für das laufende Etatsjahr handelt es sich um Ausgaben in Höhe von über zwei Milliarden! — soll und muß das Volk aufbringen durch seine Arbeit, in Form von indirekten Abgaben. Die Zölle und Verbrauchsabgaben sind für das laufende Etatsjahr angelegt mit nahezu einer Milliarde. Und dazu kommen dann noch Anleihen in erheblicher Höhe. Schon jetzt beläuft sich die Reichsschuld auf über zwei und ein halbe Milliarde, deren Zinsen selbstverständlich auch das Volk zu zahlen hat, und zwar in Höhe von nahezu 84 Millionen Mark jährlich.

Dazu ist die Finanzlage des Reiches eine sehr mißliche; die Einnahmequellen leiden unter den schlechten Erwerbsverhältnissen: in demselben Maße wie die Arbeiter gezwungen sind, ihre Lebenshaltung einzuschränken, verringern sich

beweisen die zahlreichen und mannigfaltigen in den Weistümern enthaltenen Verpflichtungen, welche die Höfe gegenüber den Frönern zu erfüllen hatten. Der Fronhof mußte während der Arbeitstage die ganze Verpflegung liefern. Mit großer Ausführlichkeit werden in den Weistümern die Bestandteile der zu reichenden Mahlzeiten aufgeführt, und diese waren nicht kärglich bemessen. Hatte der Fröner einen halben Tag zu arbeiten, so bekam er etwas zu essen mit nach Hause, in der Regel ein Brot, das, wie es in der drastischen Ausdrucksweise des Mittelalters heißt, in einem Falle so groß sein mußte, daß es der Schöffe nicht durch den eingestemmen Arm bringen konnte, oder das vom Fuß bis ans Knie hinaufreichte, oder so groß wie ein Pflugrad war. Bei ganztägigem Fronen durfte der Arbeiter nach dem Mittagessen einen Mittagschlaf halten. Wo Frauen zur Fron herangezogen wurden, da fiel der Herrschaft auch die Verpflegung ihrer Kinder zur Last. Nicht selten endigten die Frontage mit einem Trintgelage oder einem Tanze.

Alle diese Reichnisse, die von den Höfen oft gern abgelöst worden wären, aber von den Frönern meist zähe festgehalten wurden, beweisen, daß die Frondienste in der Haupt-

die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern. Statt sich nun weiser Sparsamkeit zu befleißigen, die Ausgaben zu vermindern, sinnt man auf neue indirekte Steuern!

So sind alles in allem die Verhältnisse mit denen der Reichstag gewissenhaft zu rechnen verpflichtet wäre, höchst unerfreuliche. Das wird auch von allen Seiten offen zugegeben. Aber von den „staatserkhaltenden“ Parteien hat keine den guten Willen, ehrlich und nachdrücklich reformatorisch einzugreifen. Auch die „regierende Partei“, das Zentrum, nicht. Die Zentrumsorgane haben schöne Worte, die sind ja billig und — nicht ernst zu nehmen.

Denn die Erfahrung lehrt: wenn es sich im Reichstage um die Entscheidung handelt, dann machen die Zentrumsleute mit den reaktionären Gewalten gemeinsame Sache. Kapitalismus, Junkertum und Klerikalismus verbinden sich gegen das Volk. Wie erstere, so braucht auch das Zentrum seine Stellung im Reichstage dazu, Macht zu erringen. Alle „Staatserkhaltenden“ verraten und verschächern die Volksinteressen um ihrer Herrschaftsinteressen willen.

Das wird sich auch im nächsten Sessionsabschnitt wieder zeigen. Möchte nur das arbeitende Volk sich die Lehren der „staatserkhaltenden“ Politik merken und darnach handeln. Erst dann, wenn die Millionen des arbeitenden Volkes einmütig und entschlossen zusammen stehen für ihre berechtigten Interessen, wenn sie sich nicht mehr dazu mißbrauchen lassen, ihren Feinden Gefolgschaft bei den Wahlen zu leisten — erst dann ist die Gewähr gegeben, daß des Volkes Recht und Wohlfahrt gesichert sind.

Es ist nicht anders möglich, als daß sich die parlamentarischen Verhandlungen im Rahmen desselben Kampfes vollziehen, der die ganze Partei in Anspruch nimmt — im Rahmen des Klassenkampfes.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Alle diejenigen Mitglieder, deren Quittungsbücher mit Ende des Jahres 1904 ablaufen, erhalten neue Bücher. Diese werden im Verbandsbureau ausgestellt und den Zahlstellenkassierern, zwecks Aushändigung an die Mitglieder, zugesandt.

In der „Ameise“ werden stets diejenigen

sache ursprünglich eine Art „Bittarbeit“ gewesen sind, wie sie heute noch bei vielen Völkern erhalten ist, wo der Hausherr einladet zur Bewältigung einer schweren Arbeit und dafür die Geladenen bewirtet. Aber sehr bald büßten sie diesen Charakter der Freiwilligkeit ein, die Verpflichtung zu Frondiensten auf Herrenland wurde zeitig zu einer Reallast der ansgetanen Bauerngüter. Ebenso wurden viele der öffentlichen Leistungen in Zwangsleistungen zugunsten der Grundherren übergeführt. Zu allen Zeiten haben ja Beamte öffentliche Dienste zu ihren Zwecken auszunutzen gesucht. Als Gerichtsherren, als Obereigentümer der Marken beanspruchten sie genossenschaftliche Dienste als Entgelt für die Nutzung der „nunmehr grundherrlichen Mark“. Nur aus „Gnade des Herrn“ durften die Bauern nutzen, was ihnen von selbst zustand, was ihnen von Recht wegen überhaupt nicht versagt werden konnte. Das Bewußtsein von dem richtigen Stand der Rechtsansprüche hat sich immer erhalten, und in dem Jahre 1848 sind in den süddeutschen Staaten gerade von diesen Fronen eine ganze Reihe ohne Entschädigung an die Grundherren gefallen.

Zahlstellen bekannt gemacht werden, welche im Laufe der betreffenden Woche die neuen Bücher erhalten. Die Mitglieder werden ersucht, diese Bekanntmachungen, behufs rechtzeitiger Aushändigung der Bücher, genau zu beachten.

Neue Quittungsbücher haben erhalten:

Adorf, Ahlen, Bayreuth, Bonn, Burgau, Döbeln, Elberfeld, Fraureuth, Friedrichshagen, Fürstenberg a. W., Gaggenau, Girschberg, Göhr, Kolmar, Leipzig, Neuhäus, Oberhausen, Oberkötzig, Probstzella, Schauberg, Schedewitz, Schwarza, Tiefenfurt, Wöhenstrauß, Weingarten, Zell.

W. Herden, Verbandskassierer.

161. Vorstandssitzung vom 14. November 1904.

Ohne Entschuldigung fehlt Thrams, entschuldigt Korn.

Von Wittenberg wird berichtet, daß die Tellerdreher sämtlich entlassen worden sind, nachdem dieselben sich weigerten, unter den gegebenen Verhältnissen weiter zu arbeiten. Der Dreher Louts Schönwald Nr. 85651, welcher im vorigen Jahre erst mit 8jähriger Straffarrenzzeit in den Verband aufgenommen wurde, wird nach § 5 Abs. 8 des St. wieder ausgeschlossen, mit der Bestimmung, daß derselbe nie wieder aufgenommen werden kann. — Ueber die Malerei der Porzellanfabrik Stückerbach wird die Sperre verhängt; den Entlassenen wird Differenz-Unterstützung bewilligt. — Die Sperre über Hering und Weithase, Köppelsdorf wird auf Antrag der Verwaltung aufgehoben; Tettau wird in der Liste der ganz gesperrten Orte gestrichen und in der Liste der Halbsperrten weitergeführt. — Im Anschluß an eine Zuschrift der Generalkommission wird die Beteiligung an einer Konferenz zur weiteren Befolgung des Heimarbeiterschlusses beschlossen, resp. die notwendigen Mittel hierfür bewilligt. Als Vertreter dafür wird der Vorsitzende bestimmt. — Von Wesel wird beantragt, für die dortigen Mitglieder englischer Zunge eine Uebersetzung des Verbandsstatuts zu beschaffen und diesen die Organbeiträge zu erlassen. Letzteres wird abgelehnt, weil das Organ im Interesse aller Mitglieder, mithin auch dieser, eine Notwendigkeit ist; im übrigen wird das Bureau mit den vorher erforderlichen Feststellungen betraut. — Bezüglich des Uebertritts der Lokal-Organisation der Schildermaler in unseren Verband, erklärt sich der Vorstand auf Antrag von Berlin III im Prinzip dafür, die Bedingungen hierfür sollen später festgestellt werden. — Die Entscheidungen der Beschwerdekommision in Sachen 21857 Köppelsdorf und 14560 Unterpörlitz werden zur Kenntnis genommen. In der Beschwerdsache 19204 Charlottenburg soll der B.-R. das Material übersandt werden. — Der Gründung einer Zahlstelle in Hornberg wird zugestimmt. — Zuschriften von Güttengrund und Köln-Ehrenfeld sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Dem Kassierer der Zahlstelle Unterweißbach wird die Erstattung der an das frühere Mitglied Albin Hähnlein zu Unrecht gezahlten Unterstützung erlassen; in einem weiteren Falle wird die beantragte Rückerstattung der für ein früheres Mitglied verauslagten Beiträge abgelehnt. — Dem Mitglied 7201 Schönwald wird die beantragte Unterstützung bewilligt; dem Mitglied 21964 wird Unterstützung verweigert nach § 5 U.-R. — Dem Mitglied 84418 Hermsdorf wird die Unterstützung vom 22. 9. ab bewilligt. Ein Antrag desselben Mitgliedes auf nachträgliche Gewährung von Rechtschutz für eine bereits anhängig gemachte Klagesache wird vertagt, bis genauere Feststellungen vorliegen. Um einen bereits anberaumten Termin nicht unmöglich zu machen, werden für diesen 10 Mk. Kosten-Vorschuß bewilligt.

G. Bollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Köppelsdorf. Ueber die Härten, welche die Unsitte des Defektabzuges vielfach für unsere Kollegen mit sich bringt, mußten wir schon manches Mal berichten. Kann der Arbeiter niemals — und das mit Recht — anerkennen, daß der Unternehmer überhaupt zum Ersatzverlangen für Bruch, der ohne Verschulden des Arbeiters eintritt, berechtigt ist, so steigert sich das ablehnende Empfinden der Kollegen gegenüber dieser Gewohnheit noch mehr, wenn sie sehen oder glauben, daß ihnen nicht nur der reine Wert des zerbroche-

nen oder verdorbenen Stückes angerechnet wird, sondern wenn der Unternehmer das defekte Stück überwertet. Und am originellsten ist es dann jedenfalls, wenn zu diesem allen ein Unternehmer noch den Arbeiter, der wegen solcher Abzüge die Arbeit kündigungslös verläßt, durch die Polizei zum Weiterarbeiten holen lassen will. In Köppelsdorf, bei Hering u. Weithase, passierte vor einiger Zeit ein solcher Fall. Dort blieb ein Kollege wegen Abzügen, die seiner Meinung nach zu hoch waren, der Arbeit fern. Ein Schreiben der Firma, das den Arbeiter zur Rückkehr und zur Innehaltung der Kündigungsfrist aufforderte, half nicht gleich. Einige Zeit darauf erschien ein Polizist um den Arbeiter zu holen! — Kann man auch nicht von jedem Fabrikanten verlangen, daß er wissen mußte, daß die Porzelliner als gewerbliche Arbeiter nicht unter der meiningischen Dienstbotenordnung stehen, so sollte man doch wenigstens von der Polizei voraussetzen können, daß sie den gesetzlichen Unterschied zwischen einem Dienstboten und gewerblichen Arbeiter kennt.

Aus Tettau wird uns berichtet, daß der Wechsel in dem Arbeiterpersonal der Firma Conrad, Schomburg u. Co. ein ziemlich starker ist. Nicht nur die Dreher, Former und Gießer werden davon betroffen, sondern auch die Modelleure. Selbst von den Malern, die ja nur mit längeren Kündigungsfristen angenommen wurden, haben einige die Kündigung erhalten, während andere Leute von der Firma gesucht werden. Innerhalb zehn Wochen sind bei einem Personal in Stärke von 50—60 Mann gegen 40 gekommen und gegangen.

Die Rundschau konnte sich in einem ihrer letzten Artikel gegen uns — es war in ihrer Nr. 45 — nicht genug darüber ergötzen, daß wir anscheinend die Sprache über ihre „Enthüllungen“ verloren hatten. Wie stark sich das Blatt da aufblies und wie es so schüchtern seine eigene Fügigkeit im Antworten empfehlend durchblicken ließ. Wir übergangen damals bewußt diese kleine Liebenswürdigkeit. Sie schien uns nebensächlich. Heute wollen wir das Versäumte ein wenig nachholen. So wollen wir die „Rundschau“ in erster Linie fragen, wo blieb wohl die Antwort auf unseren im Juni erschienenen Artikel „Von hinten herum!“? Damals beschuldigten wir ja schon die Rundschau in unzweideutiger Weise der Verschleierung und des Arbeiterverrats. Die Rundschau schwieg. Wochen hindurch hielt das Schweigen, die „momentane Sprachlosigkeit“ an. Dann kamen die neuen „Enthüllungen“, der geheimnisvolle Brief aus Köppelsdorf: Wir wiesen der Rundschau ihren Irrtum nach. Schweigen war die Antwort. Nun folgte die Lobrede auf die Streikbrecher, sodann die Nachricht von dem die Unternehmer umwerbenden Schreiben der Rundschau nach Gishorn. Wieder war es die „schlagfertige“ Rundschau, die zwei Nummern vorüber gehen ließ, ohne auf die ihr gemachten Vorwürfe und Anschuldigungen zu antworten. Jetzt endlich erschien in einer stillen Ecke, im Briefkasten, eine äußerst lendenlahm gehaltene Quittung über unsere Artikel, die das arbeiterfreundliche Gebaren der Rundschau aufdeckten und naiv forderten das Blatt von uns die Wiedergabe des ganzen Briefes, welcher dem gishorner Unternehmer von der Rundschau zugesandt wurde. Die Rundschau vergißt über dieses Verlangen, daß sie uns ja noch die Bekanntgabe des Artikels schuldet, der angeblich von uns unterdrückt, die für die Aneise nicht bestehende Neufreiheit beweisen sollte. Ebenso verzichteten wir auf die nichts sagende Drohung, daß wir bald von der Rundschau blamiert werden

sollen, auch nur mit einem weiteren Worte näher einzugehen. Der Wille, uns zu schaden, mag ja gut sein in der Rundschau, aber das Können ist schwach. Also haben wir Nachsicht.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Ueber die letzte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände können wir insolge Raummangels erst jetzt berichten:

Eine größere Anzahl interner Organisationsfragen, insbesondere die Umgestaltung der von den Gewerkschaften geführten Streitstatistik gaben der Generalkommission Veranlassung, die Vorstände der Zentralverbände zu einer Konferenz zusammen zu berufen, die in Berlin vom 24. bis 26. Oktober 1904 stattfand. Wie auf der gleichartigen Konferenz im Oktober 1903 waren auch dieses Mal die Zentralvorstände durch ihre Vorsitzenden vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit den Erhebungsformularen, die bei der Aufnahme der Streitstatistik zur Verwendung kommen. Es wurde beschlossen, daß auch fernerhin die Erhebungsmaterialien von der Generalkommission den angeschlossenen Organisationen zu liefern sind. Die Verhandlungen über die Vereinfachung der Statistik führten zu dem Ergebnis, daß nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen werden können. Der größte Teil der in den Formularen enthaltenen Fragen muß bestehen bleiben, weil diese Selbstzweck sind und zur Beurteilung der Verhältnisse und Vorgänge am Streikort dienen. Nur bei den Fragen, die zum Zwecke der Statistik gestellt werden, kann eine Änderung erfolgen, doch soll auch dieses nur in geringem Maße geschehen, damit die Streikbewegung in der Statistik deutlich zum Ausdruck kommt. Dagegen wurde beschlossen, den Versuch zu machen, die Erfolge der Streiks darzustellen, so daß nicht wie bisher berichtet wird, wieviele Streiks erfolgreich und wieviel Personen beteiligt waren, sondern auch Angaben gemacht werden über die erreichte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Sache bietet insofern besondere Schwierigkeit, weil vielleicht die Erfolge der Streiks nicht unmittelbar eintreten und die gestellten Forderungen oftmals erst längere Zeit nach einem verlorenen Streik von den Unternehmern anerkannt werden. Es dürfte sich jedoch mit der Zeit in Verbindung mit der seit dem 1. Januar 1904 geführten Statistik über die Lohnbewegungen, die nicht zum Streik führen, eine ziemlich zuverlässige Uebersicht über die von den Gewerkschaften für die Arbeiterschaft erkämpfte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geben lassen, wenn auch die ersten Erhebungen mangelhaft sein sollten.

Die Gewerkschaftsstatistik, d. h. der Bericht über Umfang und Leistungen der Gewerkschaften, wird gleichfalls im ganzen unverändert bleiben, nur sollen die Ausgaben der Zweigvereine festgestellt werden. Bisher ist in der Statistik nur berichtet, welcher Betrag den Zweigvereinen verbleibe, nicht aber, in welcher Weise diese Beiträge verwendet wurden.

Die Beschlüsse des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten veranlaßten die Konferenz zur Stellungnahme in einer sogenannten Grenzstreitigkeit. Bisher ist stets versucht worden, Differenzen über die Abgrenzung des Agitationsgebietes durch Verhandlung unter den Vorständen der unmittelbar beteiligten Organisationen auszugleichen. Daß die Vertreter der gesamten Organisationen

sich mit dem vorliegenden Grenzstreit befassen mußten, lag daran, daß die Beschlüsse des Verbandes der Gemeindegewerkschaften den größten Teil der Generalkommission angeschlossenen Verbände berührten. In einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses und der Beamten des genannten Verbandes, die am 7. und 8. Mai 1904 stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in städtischen resp. staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten können ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsverbände.

Wollten die einzelnen in Frage kommenden Kategorien sich den beruflichen Verbänden anschließen, so würde dieses eine erhebliche Schädigung der gemeinsamen Kraft bedeuten und fast jede einheitliche gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten unterscheiden sich wesentlich von den Forderungen der Arbeiter der Privatbetriebe.

Auch muß die Taktik der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben im gewerkschaftlichen Kampfe eine wesentlich andere sein, als wie die in der Privatindustrie üblichen.

Aus diesen Gründen heraus kann für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten nur die gemeinsame Betriebsorganisation in Frage kommen.

Daher muß der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten für sich das Recht in Anspruch nehmen, die allein zuständige Organisation für die in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu sein. Er sieht sich daher gezwungen, allen Bestrebungen energisch entgegen zu treten, welche eine Zersplitterung der gemeinsamen Kraft und der gemeinsamen Organisation der städtischen und staatlichen Arbeiter herbeiführen wollen.

In den Fällen jedoch, wo andere berufliche Verbände eine annehmbare Organisation für städtische resp. staatliche Arbeiter geschaffen haben, und insoweit ältere Rechte besitzen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu demselben verzichten.“

Die Generalkommission machten den Verbandsvorstand darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß unmöglich aufrecht erhalten werden kann, weil seine Durchführung die Interessen fast aller anderen der Kommission angeschlossenen Organisationen zu schädigen geeignet sei. Der Verbandsvorstand erklärte aber in der von ihm herausgegebenen Broschüre: „Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik“, daß es bei dem Beschlusse verbleiben müsse. Es war deshalb erforderlich, durch die Vertreter der Organisationen, die sich zum gemeinsamen Arbeiten zusammengeschlossen haben, zu erklären, ob der erwähnte Beschluß durchgeführt werden könne, ohne daß es zu fortgesetzten Differenzen zwischen den Organisationen, die Berufsangehörige in Gemeindebetrieben haben, kommt.

Die Konferenz kam zu dem Entschluß, daß nicht willkürlich von einem Verbande die Agitation auf Arbeiter ausgedehnt werden könne, die anderen Berufen angehören, und nahm folgenden Antrag an:

„Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist anzuerkennen für das Arbeiter-, Verwaltungs- und Hauspersonal der städtischen, provincialen und staat-

lichen Wasser-, Licht- und Kraftwerke, Kranken-, Heil- und Verpflegungs- und Bade-Anstalten, Schulhäuser, Asyle, sowie für das Personal im städtischen Kanalisations- und Straßenreinigungswesen, Desinfektions- und Beerdigungswesen.

Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist nicht anzuerkennen für solche städtische Regiebetriebe, in denen gewerbliche Arbeiter sowie Verkehrsangestellten beschäftigt sind.

Soweit vereinzelte gewerbliche Arbeiter innerhalb städtischer Anstalten dauernd angestellt sind (sogen. betriebsfremde Arbeiter), ist gegen deren Organisation im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter nichts einzuwenden; doch darf ein Druck auf solche bereits einem anderen Verbände angehörigen Arbeiter nicht ausgeübt werden, um sie zum Uebertritt zum Verband der Gemeindegewerkschaften zu bewegen.“

Bezüglich der Arbeiter in Licht- und Kraftwerken wurde auf Anfrage unter Zustimmung der Konferenz erklärt, daß es sich nicht um gewerbliche Arbeiter wie z. B. Monteure und Rohrleger handele, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, daß diese vielmehr nach wie vor zu ihren Berufsorganisationen herangezogen werden sollen. Nach dieser Abgrenzung des Agitationsgebietes wird sich ein friedliches Neben- und Miteinanderarbeiten mit dem Verband der Gemeindegewerkschaften ermöglichen lassen, nicht aber, wenn dieser fortfährt, seine Agitation auf Steinseher, Quatarbeiter, Straßenbahner usw., die in Regiebetrieben tätig sind, auszudehnen.

Auch über die Grundsätze im gewerkschaftlichen Kampfe, wie sie von dem Vorstande des Verbandes in einer an den Oberbürgermeister von Berlin gerichteten und in Nr. 13 des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“ vom Jahre 1904 veröffentlichten Denkschrift zum Ausdruck kommen und in der erwähnten vom Verbandsvorstande herausgegebenen Broschüre näher begründet sind, kam es in der Konferenz zu einer Aussprache. Die Vorstandsvertreter erklärten einstimmig (bei einer Stimmenthaltung), daß diese Grundsätze nicht den Anschauungen entsprechen, die in den modernen Gewerkschaften Geltung haben und Geltung behalten sollen. Die Gewerkschaften sollen ihre Mitglieder zu selbstbewußten Menschen erziehen, die nicht um geringer Vorteile willen auf eines der ihnen zustehenden Rechte verzichten. Dieser Grundsatz müsse auch in den Gewerkschaften aufrecht erhalten werden, die sich einer besonderen Taktik bei Vertretung ihrer Forderungen bedienen.

Ueber periodische Unterrichtskurse für die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen wurde eingehend in der Konferenz diskutiert. Die Generalkommission wurde beauftragt, die Sache nochmals nach allen Richtungen hin auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen.

Auch die Frage der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks wurde kurz erörtert und in Aussicht genommen, sie des näheren in einer späteren Konferenz zu besprechen.

Daß dem gewerkschaftlichen Frauen-Agitationskomitee von der Generalkommission ein Raum zur Erledigung der Arbeiten zur Verfügung gestellt worden ist, wurde einstimmig von der Konferenz gut geheißten.

Die Konferenz beschloß ferner, auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongresses die Punkte zu setzen „Die Maiseier“ und „Generalstreik oder politischer Massenstreik“. Gegen die

Generalstreiksibeen sprach sich die Konferenz ablehnend aus; sie hielt es aber für zweckmäßig, daß diese ablehnende Haltung auch in einem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck komme.

Es wurde sodann über Beschaffung von Versammlungslökalen in den Gegenden, in welchen die Gewerkschaften noch wenig entwickelt sind, sowie über eventuelle Erweiterung des Arbeitersekretariats in Oberschlesien verhandelt.

Auf Anfrage, welche Bewandnis es mit der angeblichen Unterschlagung einer den Delegierten auf der Konferenz in Dublin überreichten Schrift habe, erklärten die Delegierten, daß es sich um eine Schrift handle, wie sie vielfach auf Konferenzen und Kongressen zur Verteilung gelange. Der größte Teil des Inhaltes sei den deutschen Arbeitern, die Leser der Arbeiterpresse sind, bekannt, weil diese Presse eingehend über alle Vorgänge in Frankreich berichte. Eine Veranlassung, den Inhalt der Schrift gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besonders bekannt zu geben, lag deshalb nicht vor, zumal das darin Empfohlene mit den Aufgaben der Gewerkschaften gar nichts zu tun habe.

Vermischtes.

— Wegen Arbeitswilligen-Beleidigung wurden, wie wir seiner Zeit berichteten, unsere Kollegen Schneider und Kraus zu 14 resp. 10 Tagen Gefängnis und Kaufmann zu einer Geldstrafe verurteilt. Dagegen sprach dasselbe Gericht — das Schöffengericht in Ludwigstadt — die ebenfalls desselben Vergehens wegen angeklagten Kollegen Brandenstein, Weichler und Hammerschmidt frei. Beleidigt fühlte sich der Arbeitswillige Ferdinand Michelfelder, der eines Abends im „Abler“ in Teltau saß und dort von den Oben genannten beschimpft worden sein wollte. Als Zeugen standen ihm die Arbeitswilligen Erwin Hänlein und Schmidt zur Seite. Die mit Kollegen Schneider an einem Tische Sitzenden wurden ebenfalls angeklagt, so daß dem Beschuldigten im vornherein die bedeutendsten Zeugen fehlten. — Gegen das schöffengerichtliche Urteil wurde Berufung eingelegt, die, wie wir schon meldeten, von dem hamberger Landgericht in der Weise erledigt wurde, daß nicht nur obiges Urteil aufrecht, sondern auch die in Ludwigstadt Freigesprochenen zu je 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. — Jetzt liegt uns das schriftliche Urteil des Landgerichts vor. Kollege Schneider hat an jenem Abend im „Abler“ nur von dem traurigen Vorfall in Schlierbach erzählt, nach dem dort einige Arbeitswilligen einen Maurer erschlagen hätten. Die im „Abler“ anwesenden Arbeitswilligen aber behaupten, Schneider habe gesagt: „So lange die Streikbrecher, die Lumpen, Spitzbuben und Bagabunden, Zuchthausentfprungenen in Teltau sind, ist hier nichts zu machen!“ Dazu sollen dann die übrigen Angeklagten geäußert haben: „Ja, Herr Schneider, Sie haben ganz recht!“ — Ist schon die letzte Aeußerung, der darin enthaltenen Anrede, „Ja, Herr Schneider, Sie“, ganz unglaublich, da sich Schneider mit den übrigen Angeklagten schon seit längerem duzt, so schwebt auch unserer Meinung nach die erste Aeußerung vollständig in der Luft. Es wäre ein Leichtsinns sondergleichen, wollte heute jemand, der ganz genau weiß, wie die Gerichte jetzt zumeist die Arbeitswilligen zu schützen sich bemühen, so leichtfertig sich eine Klage zu ziehen. Wir glauben nicht an diese Ausschweifungen. Schon die Klugheit würde hier dem

Gefühle einen Zwang auflegen müssen. Doch das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Worte, wie von dem sich beleidigt Fühlenden behauptet, gefallen seien. Zeugenaussage stand gegen Zeugenaussage. Die Schale neigte sich zu ungunsten der Angeklagten. Die beiden Arbeitswilligen-Zeugen wogen schwerer als die drei Zeugen, die von dem Angeklagten geladen waren. Woher kam das? Nach Ansicht des Gerichts waren die Zeugen Erwin Hänlein und Schmidt so fest und sicher in ihrem Auftreten, daß das Gericht ihre Wahrhaftigkeit gar nicht in Zweifel zog. Zwar brachte Schmidt stellenweise kein Wort heraus und mußte von dem Anklage-Vertreter bei seinem Ausfragen unterstützt werden, aber das Gericht nahm davon keine Notiz. Dagegen waren die von den Angeklagten geladenen Zeugen nach Ansicht der Richter durchweg — nach dem schriftlichen Urteil zu schließen — unsicher in ihren Bekundungen und nur einer die Verschiedenheit der beiden Parteiaussagen vermittelnden Auslegung der Richter hatten sie es noch zu verdanken, daß ihnen nicht der Prozeß wegen wissentlichen Meineides gemacht wurde. — Es ist schwer für den Unbefangenen das Urteil der hamberger Strafkammer zu lesen und sich dadurch in den Gedankengang der Urteilenden versetzen zu können. Warum hatte gerade die eine Partei feste, zuverlässig auftretende Zeugen, während auf der anderen Seite die Zeugenaussagen unsicher und von Neugierigkeit getragen waren? Lag das vielleicht daran, weil gerade die Zeugen der Angeklagten wiederholt auf die gefährlichen Folgen eines eventuellen Meineides hingewiesen wurden? — Wir wollen das nicht näher erörtern. Aber auch dieser Prozeß und das uns vorliegende schriftliche Urteil veranlassen uns wiederum zu fragen: Ist das das Recht? — Doch noch ist diese Sache nicht ganz erledigt, denn auch gegen das landgerichtliche Urteil wurde Revision bei dem Oberlandesgericht eingereicht. Am 5. Januar 1905 findet der betreffende Termin statt.

Versammlungsberichte etc.

Dresden. In einer, am 12. November in Seiperts Gasthof stattgefundenen und von circa 200 Personen besuchten Porzellanarbeiterversammlung sprach Genosse Zietzsch über das Thema: Vom Wesen und Zweck der Organisation. An Hand reicher Beispiele bewies Redner zunächst, wie ohnmächtig der einzelne Mensch der Natur gegenüber ist, und uns schon hierdurch die bittere Notwendigkeit der Organisation vor Augen geführt wird. Es haben denn auch schon die Völker des Altertums instinktiv die Notwendigkeit des Sichzusammenschließens gefühlt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die wirtschaftlichen Kämpfe zu sprechen kommend, meint Redner, daß dieselben schon seit Bestehen des Privateigentums zu verzeichnen sind. So waren z. B. die Sklavenaufstände im alten Rom und auch die Bauernkriege im Mittelalter, rein wirtschaftliche Kämpfe. Und zwar Kämpfe, denen man einen großen ethischen und fortschrittlichen Charakter zusprechen muß. Nunmehr kommt Redner auf die Gegenwart zu sprechen. An der Hand des Ausspruches des ehemaligen Staatssekretärs des Innern Böttiger an die Industriellen: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie, beweist Genosse Zietzsch in sachlich klaren Ausführungen, daß jetzt der Zusammenschluß der Arbeiter nötiger denn je ist. Nachdem der Referent die Arbeitgebervereinigungen und vor allen auch den Staat als Arbeitgeber gebührend illustriert hatte und so den Anwesenden zeigte, daß die Arbeiterklasse von keiner Seite etwas zu erwarten hat, sondern nur auf ihre eigene Kraft angewiesen ist, ließ er die bestehenden wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen Revue passieren. Zuerst wurden die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften unter die Lupe genommen. Sie, die in den sechziger Jahren aus Furcht vor dem Sozialismus gegründet wurden, zählten in den siebziger Jahren Hunderttausende zu den Thüringen. Heute sind es noch gegen 90 000, und auch diese glauben nicht mehr an die Harmoniebuschle eines Dr. Hirsch und seines Stabes. Hier gedenkt Redner auch der Kämpfe die wir führen mußten,

als wir noch im Hirsch-Dunderschen Jahrmasser segelten. (S. H. n. Nr. 24, Jahrgang 81 d. U.) Mit einer feinen Satire gewürzt waren die Schilderungen, die Redner den christlichen Arbeitervereinen zu teil werden ließ. In mehreren Beispielen zeigte Genosse Zietzsch wie es die katholische Kirche immer verstanden habe, sich den jeweiligen Volksbewegungen anzupassen. Diese Organisationen haben nur das Bestreben, die Arbeit im Joche des Kapitalismus zu erhalten. Im Gegensatz hierzu sind die freien Gewerkschaften die einzigen, welche rückhaltlos die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Dessen sind sich auch die Unternehmerverbände bewußt und sie benutzen denn auch ihre ganze wirtschaftliche Macht, um bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen die freien Gewerkschaften scharf zu machen. Indes wird ihnen das nicht viel nützen, denn, wenn sie auch die Arbeiterbewegung hemmen können, so ist doch nichts imstande, die große Sache, von der die ganze Bewegung getragen wird, zu Schanden zu machen. Sie allein ist die Kulturträgerin der Gegenwart. Wie sich im übrigen die Zukunft gestalten kann, wies Genosse Zietzsch an der Hand zweier Werte amerikanischer Autoren nach. Cäsars Säule zeigt uns den Gang der Dinge, wenn die Feinde der Arbeitersache zu den brutalsten Mitteln greifen sollten, hingegen Bellamys: „Rückblick aus dem Jahre 2000“ uns ein Paradies zeigt, das entsteht, wenn die Entwicklung ruhig ihren Gang geht. (Beide Werke können die Mitglieder in unserer Bibliothek erhalten.) Die Anwesenden, welche während des vorzüglich durchdachten und sehr sachlich gehaltenen Vortrages die größte Aufmerksamkeit bewahrten, spendeten dem Redner reichen Beifall. In der nunmehr eröffneten Diskussion bittet ein Kollege den Referenten, seine Stellung zu den noch bestehenden Personalien zu präzisieren. Genosse Stelzer bedauert, daß so wenig Frauen unserem Rufe gefolgt seien und geht scharf mit der sogenannten unparteiischen Presse ins Gericht. Genosse John legt der Versammlung ans Herz, doch endlich ernst zu machen und zu zeigen, daß Verständnis für die Arbeitersache vorhanden sei. Hierauf nimmt ein nicht bei uns organisierter Kollege Stellung gegen das Dreherbeziehtlich auch Malerpersonal. Auch gehen demselben die Unterstützungseinrichtungen für unsere weiblichen Mitglieder nicht weit genug. Unsere Genossen John und Seebald widerlegten ihm. Nachdem Genosse Böhm die unmorganisierten nochmals aufgefordert, dem Verband beizutreten, und Kollege Schmidt die gelernten Arbeiter bittet, in dem Ungelernten doch das zu sehen was sie in Wirklichkeit sind, nämlich gleichberechtigte Mitarbeiter, nimmt Genosse Zietzsch nochmals das Wort. Treffend schildert er das der Arbeiterschaft so gefährliche Treiben der sogenannten unparteiischen Presse, dabei auch das für sich selbst sprechende, niedrige Gebaren der keramischen Rundschau hierher hängend. In ausführlicher Weise kommt Redner noch auf die große Bedeutung der Frau als Arbeiterin zu sprechen. Er machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß gerade die Arbeiterin in jeder Beziehung der weitgehendsten Schonung bedarf. Aber diese ihr so wohlthuende Schonung gewährt ihr der Kapitalismus von heute nicht aus freien Stücken. Aber um sie sich selbst zu erzwingen, ist die Arbeiterin zu schwach und so ist es denn eine Naturnotwendigkeit, daß sie sich ihren Arbeitsbrüdern anschlößt, und Schulter an Schulter mit diesen für eine Bessergestaltung ihrer Lage kämpft. Auf die dresdener Heimallerlei einzugehen ist leider keine Zeit mehr vorhanden, und so registriert Genosse Zietzsch nur, daß dort soviel Elend zu finden ist, daß es schon notwendig ist, besonders darüber zu referieren. Redner greift nun nochmals auf Schlierbach zurück. Er schildert uns, wie patriarchalisch dort ehemals das Verhältnis zwischen Fabrikleitung und Arbeiterschaft war. Da kam aber ein Dr. Ehrlich mit seinem „Herr im Hause Standpunkt“ und verwandelte das friedliche Schlierbach in einen gefährlichen Kampflager. Und was lernen wir an diesem Schlierbach? Niemals hätte ein Dr. Ehrlich dort derartig auftreten können, wenn die gesamte dortige Arbeiterschaft sich schon vor dem Erscheinen dieses Herrn ihrer Pflicht als Arbeiter bewußt gewesen wären. Also lernen wir! Brausender Beifall zeigte unserem Kollegen Zietzsch aufs neue, daß er sich die Herzen der dresdener Kollegen erobert halte. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung stimmt dem Referenten, Genossen Zietzsch-Charlottenburg, in allen Teilen seines Referats zu. Im besonderen erkennt sie die absolute Notwendigkeit an, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, auch wenn ihr Arbeitsverhältnis zur Zeit noch ein erträgliches ist, einer gewerkschaftlichen Organisation angliedert. Die Versammlung verspricht, die aus obiger Anerkennung sich notwendiger Weise ergebenden Forderungen zu ziehen und nicht eher zu ruhen, bevor nicht der letzte dresdener Porzellanarbeiter sich dem Zentral-Verband der deutschen Porzellanarbeiter angeschlossen hat.“ Der Vorsitzende Genosse Seebald forderte die Anwesenden nochmals auf, entsprechend der Resolution

zu handeln und ersuchte diejenigen, die der Organisation noch nicht angehören, von den ausliegenden Beitritts-Erklärungen Gebrauch zu machen. Weiter machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß vom 14. bis 28. November die Anmeldekisten zur Gewerbegerichtsbeisitzerwahl bei ihm ausliegen. Berechtigt in die Listen sich eintragen zu lassen, sind alle Arbeiter die 25 Jahre alt und Deutsche sind. Wer vom Wahlrecht Gebrauch machen will, muß sich erst in die Anmeldekiste eintragen lassen. — Als Resultat der Versammlung sind ungefähr 25 Neuanmeldungen zu verzeichnen. Nach der Versammlung wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, den Genossen Zietzsch bald wieder als Redner zu hören.

h. Eisenberg. Die am 12. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde wieder gut besucht. Eröffnet wurde sie um 9 Uhr mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Es hatten sich 7 Personen neu angemeldet; 6 davon wurden anstandslos aufgenommen, während über einen Kollegen erst Erkundigungen beim Hauptvorstand eingezogen werden sollen. Dann wurde der Kartellbericht gegeben. Der Vorsitzende ersucht im Anschluß an diesen die vorhandene, gemeinschaftliche Bibliothek besser zu benutzen. Weiter macht er bekannt, daß der Vortrag des Gen. D. Stücken bestimmt am 21. November stattfindet. Als 2. Punkt folgte der Bericht über den Abschluß des 3. Quartals. Derselbe gestaltet sich wie folgt: Verband: Einnahme 986,81 M., Ausgabe 820,43 M., bleibt ein Bestand von 166,38 M. Beihilfefonds: Einnahme 834,61 M., Ausgabe 298,70 M., Bestand 40,81 M. 8 pCt.-Fonds: Einnahme 74,81 M., Ausgabe 78,89 M., Bestand 0,42 M. 3 pCt.-Fonds: Einnahme 68,77 M. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des Quartals 208 Mitglieder. Auf Antrag der Redner wird der Kassierer entlastet. Der 3. Punkt der Tagesordnung behandelt die Dichtfrage. Vor ungefähr 8 Wochen waren die hiesigen Fabrikanten angegangen worden, ihren Arbeitern, in Betracht kommen meist Maler und Dreher, freies Licht zu stellen. Bis heute jedoch ist noch von keinem eine Antwort erfolgt. Schließlich wurde diese Angelegenheit umstände halber auf die nächste Versammlung verschoben. Auf alle Fälle aber werden die hiesigen Porzellanarbeiter diese Sache weiter verfolgen. Als 4. Punkt stand auf der Tagesordnung zur Diskussion die Differenz Ametsch-Rundschau. Es wurden verschiedene Artikel aus beiden Blättern verlesen und das arbeiterfeindliche Gebaren der Rundschau in das rechte Licht gesetzt. Berechtigte Entrüstung rief besonders das „arbeiterfeindliche“ Eingreifen der Rundschau in die Angelegenheit in Giffhorn hervor. Schließlich wurde der Resolution der Zahlstelle Schwarzenbach zugestimmt. Unter Punkt „Verschiedenes“ gibt der Vorsitzende der Agitationskommission noch auf, unter den Arbeiterinnen eine lebhafteste Agitation zu entfalten, so wie es die Genossin Frau Ziegler angeregt habe. Ein Mitglied dieser Kommission verspricht, daß in der nächsten Zeit eine Agitation von Haus zu Haus stattfinden werde und bittet die weiblichen Mitglieder kräftig mit zu helfen. Nach Erledigung einiger kleiner Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

s. Bahla. Die am Sonnabend, den 12. November, stattgefundenen Zahlstellenversammlung hatte anlässlich eines vom Gen. Fritz Schmidt-Schlierbach abgehaltenen Vortrages einen etwas besseren Besuch wie gewöhnlich zu verzeichnen. Anwesend waren 170 Mitglieder. Nachdem Punkt 1 und 2, Kassieren der Beiträge und Verlesen des letzten Protokolls, ihre Erledigung gefunden hatten, wurde zu Punkt 3, Kassenabschlüsse pro 3. Quartal 1904, übergegangen. — Aus denselben ist folgendes zu entnehmen: Verbandskasse: Einnahme 2016,27 M., Ausgabe 2000,08 M., Bestand 16,19 M. Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals 437. — Beihilfefonds: Einnahme 226,51 M., Ausgabe 178,58 M., Bestand 52,93 M. Mitgliederzahl 47. — 8 pCt.-Fonds: Einnahme 159,24 M., Ausgabe 127,42 M., Bestand 31,82 M. — Bildungsfonds: Einnahme 68,79 M., Ausgabe 56,05 M., Bestand 7,74 M. — Derlicher Unterstützungsfonds: Einnahme 289,61 M., Ausgabe 32,50 M., Bestand 207,11 M. — Streikmarken wurden umgesetzt 420 Stück = 42 M. — Die Abrechnung vom Laube-Vortrag ergab: Einnahme 78,80 M., Ausgabe 56,55 M., mithin ist ein Ueberschuß von 22,25 M. da, welcher dem örtlichen Unterstützungsfonds überwiesen worden ist. — Nachdem die Kasse von den Redner geprüft und für in bester Ordnung befunden bezichtigt worden war, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Punkt 4, „Verschiedenes“. Es wird bekannt gegeben, im März (und zwar am 28. März) einen Laube-Vortrag über Reifebilder aus Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und Montenegro stattfinden zu lassen und wurde diesem Vorschlag von der Versammlung die Zustimmung erteilt. — Zum Aufnahmegesuch des Porzellanmalers Lorett betreffend wurde von der Versammlung beschlossen, die Aufnahme beim Hauptvorstand zu befürworten. Weiter wurde die geringe Entnahme von Streikmarken im vergangenen Vierteljahr einer Kritik unterzogen und ist es wohl be-

zeichnend, wenn bei 437 Mitgliedern nur 420 Streikmarken entnommen worden sind, so daß nicht einmal bei der Aufrechnung auf ein jedes Mitglied im ganzen Vierteljahr — eine Streikmarke zu stehen kommt. Soffentlich wird diese berechtigte Kritik eine Anregung der Mitglieder bewirkt haben, in Zukunft sich mehr bei der Entnahme von Streikmarken zu betätigen und der Aufforderung in jeder Nummer der „Ameise“: „Gebietet des Streikfonds“, mehr Beachtung zu schenken. — Punkt 5, Vortrag des Gen. Friz Schmidt-Schlterbach: „Bericht über den schlterbacher Streit und die Notwendigkeit einer straffen Organisation“. In ruhig, sachlicher Weise erfüllte Redner seine Aufgabe, die früheren Verhältnisse und jetzigen Zustände der schlterbacher Arbeiterschaft schildernd und die unausbleibliche Notwendigkeit zur Unterbringung der meist am Ort gefesselten Arbeiter in einem eigens zu gründenden Unternehmen. Lebhaften Beifall erntete Redner am Schluß seines Vortrages. In der sich daran knüpfenden Debatte wurde die größtmögliche Unterstützung des Unternehmens zugelegt und eine Kommission, welche sich nur mit dieser Angelegenheit bezw. Erwerbung von Anteilscheinen zu befassen hat, dazu ernannt. Möge sich das neue Unternehmen der Arbeiterschaft zur Blüte emporheben und zum Nutzen der hart-betroffenen, sich aber tapfer gezeigten schlterbacher Arbeiterschaft gereichen und zur Erreichung der zahlreicher Arbeiterschaft ihre pekuniäre Unterstützung auch in dieser Hinsicht nicht versagen. — Eine erregte Debatte entspann sich noch über die in den letzten Nummern (der wohl nicht hoch zu schätzen?) Rundschau enthaltenen Artikel über unsere Verbandsverhältnisse, welche wohl an tiefgesunkenere Schicklichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Mit der schärfsten Entrüstung spricht die Versammlung gegen den als mustergiltig geistreichen Mitarbeiter der Rundschau und Verfasser dieser wohl nicht autständig zu nennenden Artikel, welcher wohl bestimmt nach den vorhergehenden Schilderungen der schlterbacher Streitverhältnisse unbedingt auch in einem allbekanntesten schlterbacher Proben zu suchen ist, ihre vollste Verachtung aus und nahm die in Nr. 46 der „Ameise“ enthaltene Resolution Schwarzenbach einstimmig an. — Im Interesse der in nächster Zahlstellenversammlung stattfindenden Neuwahlen der Verwaltung werden die Mitglieder nochmals aufgefordert, zahlreich zu erscheinen und für zahlreich und pünktlichen Besuch zu agitieren. Hieraus, da weiter nichts vorlag, Schluß der Versammlung.

kl. Nürnberg. Mitgliederversammlung vom 5. November 1904 im Felseder. Anwesend waren 28 Mitglieder. Der Hauptpunkt der Tagesordnung lautete: „Wie wird die Zukunft unserer Arbeiterschaft sich gestalten“, Referent Gen. Wollmann. Der Vorsitzende Gen. Höhn eröffnete um 9 Uhr die Versammlung. Es nimmt das Wort Verbandsvorsitzender Wollmann. Derselbe führt etwa folgendes aus: „Die Arbeiterschaft hat es sehr wohl notwendig, daß sich dieselbe die Frage vorhält, wie sich ihre Zukunft gestalten werde. Alle Werte, die durch die Gesellschaft benützt und verbraucht werden, sind durch die Arbeit entstanden und werden nur durch die Arbeit geschaffen. Nun hat der Arbeiter aber kein weiteres Mittel um Anteil an den Werten zu nehmen, als den Lohn. Dieser ist aber immer so bemessen, daß er nicht ausreicht. Den größten Gewinn an der Arbeit haben stets die Unternehmer. Diese sind auch stets bemüht, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten und es ist dies um so leichter, wenn der Unternehmer es mit einzelnen Arbeitern zu tun hat. Nicht allein, daß der Arbeiter durch zu niedrigen Lohn verhindert ist an den künftigen und geistigen Genüssen des Lebens vollwertig teil zu nehmen, sondern er wird sogar ganz erheblich an seiner Gesundheit geschädigt, wie dies durch statistisches Material des Reichsgesundheitsamtes bewiesen ist. In jenen Arbeiterschichten, wo die Löhne am niedrigsten sind, grassiert die Schwindsucht am stärksten. In früherer Zeit waren die Löhne in unserem Berufe solche wie wir sie jetzt nicht annähernd mehr haben. Trotz unserer alten guten Organisation sind die Löhne in unserem Berufe ständig zurückgegangen. Wie ist das nun möglich gewesen? Ganz erheblich hat die technische Entwicklung, die bei uns erst spät eingesetzt hat, dazu beigetragen. Aber so erheblich könnte dies nicht sein, wenn man in den Kreisen der Arbeiter nicht immer darauf vergessen hätte, daß alle zusammen gehören, daß alle die gleichen Interessen haben. Die Unorganisierten dürfen nicht immer ignoriert werden, man muß vielmehr an dieselben heran gehen und fortgesetzt dieselben aufklären, kurz, agitieren und organisieren. In unserem Verbandsstand ist ja in der Mitgliederbewegung ein scheinbarer Stillstand eingetreten. Dies ist für uns beschämend, nachdem die Organisationen anderer Berufe gerade in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht haben. Redner schildert dann die Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien in ausführlicher und teilweise humoristischer Weise. Viele Arbeiter meinen, die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränke sich darauf, zu streiken und dergleichen mehr.

Es ließe sich aber viel erzielen ohne Kampf, ohne daß es einen Pfennig kosten würde, wenn etwas mehr Feuer und Bewegung im Verband wäre. Die Unternehmer beachten sehr wohl, wie die Zahlstellenversammlungen besucht werden und was dort für ein Geist herrscht. Redner schildert dann, wie die Unternehmer in ihren Organisationen eine immer größere Macht entfalten, um in schlechter Konjunktur die Arbeiter nieder zu werfen und nieder zu knebeln. Wenn den Unternehmern ihre Macht nicht nach jener Richtung, wie dieselben wünschen, dann wird sich die Zukunft der Arbeiter schlecht gestalten. Die Arbeiterschaft muß aber daran gehen, sich die Zukunft selbst zu gestalten. Die Zukunft der Arbeiterschaft wird die sein, die sie wert ist. Nur durch die Organisation wird sich der Arbeiter eine bessere Zukunft sichern.“ (Bravo.) In der Diskussion regt Kollege Fischer an, daß man sich der Frage der Tarifverträge einmal befassen möge. Wollmann weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Hauptvorstand wiederholt sich mit den Tarifverträgen befaßt und dieselben den Unternehmern angetragen habe, jedoch sind dieselben nicht darauf eingegangen. Je mehr wir kämpfen, desto eher werden wir zu Tarifgemeinschaften kommen. — Hierauf gibt Gen. Woller den Quartalsbericht. Derselbe dient zur Kenntnis. Revisor Gen. Minde berichtet, daß die Kasse stets in Ordnung war und wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß jetzt ein Volkshaus errichtet werde. Gen. Fischer stellt den Antrag, einen Anteilchein in der Höhe von 10 Mk. vom Volkshausverein zu entnehmen. Der Antrag wird angenommen. — Ferner diene zur Kenntnis, daß das Werk Säckels „Weltatlas“ eingetroffen ist. Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

st. Nymphenburg. Bericht der Zahlstellenversammlung vom 10. November d. J. Unter Punkt „Berichtsbereich“ verliest der Kassierer eine Postkarte von unseren schlterbacher Genossen, die den besten Dank aussprechen für unsere kleine Unterstützung zu ihrem eigenen Unternehmen. Die Anwesenden wünschen, daß es den schlterbacher Kollegen baldigst gelingen möge, ihre eigenen Herren zu werden. Der Schriftführer beantragte für das kranke Mitglied Meinel-Oberkorn 5 Mk. Unterstützung zu bewilligen; das wurde einstimmig angenommen. Die Zahlstelle kommt auf die ausfallenden Artikel der „Keramischen Rundschau“ zu sprechen, die diese über den Verband, den Hauptvorstand und die „Ameise“ losgelassen hat. Auch in unseren Kollegentreffen ist das Gefühl vorherrschend, daß die Rundschau mit ihren Artikeln sich arg verrechnet hat. Wir glauben nicht an die Arbeiterfreundlichkeit des Blattes, daß sich schon so überaus arbeiterfeindlich gezeigt hat. Jüngst erst in Giffhorn. Die Kollegen sind heute schon zu weit, um dem blöden Getratsch der Rundschau noch nachzulaufen. Wir verurteilen dieses Blatt aufs schärfste, lächeln aber dessen Liebeswerben um uns und schließen uns einstimmig und vollständig der Resolution Schwarzenbach an.

? Posthappel. Die im „Deutschen Haus“, am 11. November 1904 abgehaltene öffentliche Versammlung wurde vom Gen. Pätzig 1/2 8 Uhr eröffnet und nach der Wahl des Bureaus dem Genossen Zietisch das Wort erteilt zu seinem Vortrag: „Vom Wesen und Zweck der Organisation“. Nach einer Erklärung, was das Wort Organisation bedeutet, schildert der Referent in verständlicher und fesselnder Weise, wie die Organisation entstanden ist. Durch treffende Beispiele aus der Geschichte legt er der Versammlung dar, wie notwendig die Organisation ist und wie nur durch den Zusammenschluß das bestlose Volk sich Rechte erworben hat. Ferner stellt der Referent die Frage: „Haben wir es jetzt noch notwendig, uns zur Organisation zusammen zu schließen?“ Er schildert wieder verständlich wie die Arbeiterdurchgehende entstanden sind und macht auf die vielen Uebelstände aufmerksam, die noch zu beseitigen sind. Dieses kann aber nur durch die Organisation der Arbeiter erreicht werden. Nicht aber durch die Organisation in den Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, in den katholischen oder evangelischen Arbeitervereinen — sondern nur durch die Organisation der freien modernen Gewerkschaften. Mit einem Mahnruf an die Versammlung, dieses zu tun, schließt Kollege Zietisch seinen Vortrag. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten gespendet und ihm von den Versammelten für seinen lehrreichen und interessanten Vortrag der Dank ausgesprochen. Nach einer kurzen Pause wurde zum zweiten Punkt, „Gewerkschaftliches“, übergegangen. Kollege Ludwig spricht seine Entrüstung aus über die bekannten Artikel in der Rundschau über unsern Hauptvorstand und Verband und bittet um Annahme eingegangener Resolution, die lautet: „Die heute im „Deutschen Haus“ zu Posthappel tagende öffentliche Porzellanarbeiterversammlung spricht einstimmig ihre schärfste Entrüstung über das jeden organisierten Arbeiter beleidigende schamlose Gehären der Rundschau hinsichtlich deren durch nichts bewiesenen Schmähungen und Verdächtigungen der Verbandsleitung aus und können die organisierten Kollegen nur durch Nichtbeachtung solcher Schreiberereien diesem Unternehmer-

blatte ihre schärfste Verachtung ausdrücken“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. — Kollege Schmieder gibt alsdann seinen Bericht über den Ausgang seiner Unterredung mit Herrn R. Kuntzsch, betreffs der Preisfestsetzung neuer Artikel. Herr R. hat versprochen, in Zukunft bei dem Festsetzen der Preise stets den betreffenden Maler, der das Stück zuerst macht, hinzu zu ziehen und es nicht mehr dem Zeitel-aussteller zu überlassen. Auf eine Anfrage des Gen. Tippmann, wie sich der Hauptvorstand zum Beihilfenfonds stellt, erwidert Genosse Zietisch, daß er keinen Bericht geben kann, indem der Hauptvorstand wegen Mangel an Zeit sich noch nicht wieder mit der Frage hat beschäftigen können. Alsdann wurde die von fast 60 Mann besuchte Versammlung geschlossen.

1. Selb. Die am Sonntag, den 18. November, abgehaltene Monats-Versammlung war von 56 Mitgliedern besucht. Es war, trotzdem es ja immerhin ein sehr schlechter Besuch zu nennen ist, eine seit langer Zeit gut besuchte Versammlung. Nachdem die üblichen Punkte erledigt waren, ging die Versammlung zu Punkt 2, der Lokalfrage, über, worüber lebhaft debattiert wurde. Schließlich wurde durch Abstimmung mit Stimmzetteln beschlossen, vom Ludwigskeller auszuziehen und das Lokal in den „Goldenen Unter“ (hinteres Zimmer) zu verlegen. Der Kassierer gibt bekannt, daß der Rechtschutz für 26 405 vom Vorstand abgelehnt ist und will betreffendes Mitglied die Angelegenheit mit dem Vorstand selbst noch einmal in die Hand nehmen und wird darüber in einer späteren Ausschußsitzung berichten. Ferner wird gebeten, daß die Statistiken für 1904 gewissenhaft ausgefüllt und zu Weihnachten abgeliefert werden. Zu Punkt 5, Kartellfrage, berichtet der Vorsitzende Legat über die letzte Sitzung in Pilgramkreuz und war das angenehmste zu hören, daß sich eine hiesige Gewerkschaft in Bezug auf Lohnforderung sehr günstige Vorteile errungen hat. Zu Wünschen und Anträgen stellt ein Kollege den Antrag, die Versammlungsprotokolle in der „Ameise“ zu veröffentlichen; der Antrag wird angenommen. Ferner fragt ein Kollege, ob Mitglieder anderer Organisationen, welche eine eigene Bibliothek nicht haben, von uns leihweise Bücher erhalten könnten. Diese Anfrage wird bis nächster Versammlung aufgehoben, da erst der Hauptvorstand um seine Meinung befragt werden soll. Auch wird bemängelt, daß sich in unserer Bibliothek Bücher befinden, welche sich für unsere Sache nicht eignen und soll deshalb der Verkauf von Büchern nur immer mit Zustimmung der Versammlung geschehen. Zum Schluß wurde auf das Verhalten der Rundschau in letzter Zeit hingewiesen und soll dieselbe deshalb nicht mehr gelesen werden, weil angenommen werden muß, daß es sich die Rundschau zum Prinzip gemacht hat, die Unternehmer und Streikbrecher zu schützen und uns, die frei organisierten Arbeiter zu bekämpfen, welches aus den Berichten über Schlterbach deutlich genug zu ersehen ist.

Die bereits eingegangenen Versammlungsberichte von Berlin III, Waldsassen, Schedewitz, Freimaldau, Frankfurt a. M. und Witterteich können erst in der nächsten Nummer erscheinen.

Adressen-Nachtrag.

Fraureuth. Kass.: Michael Pollath, Dreher.
Gräfenhain. Kass.: Karl Anshütz, Gießer, wohnt jetzt Neundorferstr. 185 b.
Neuhaldensleben. Kass.: Hermann Döfner, Maler, Markt 17.
Wilda. Vors.: Emil Herrmann, Dreher, Flottwellstr. 9. Kass.: Heinrich Watty, Maler. Schriftf.: S. Tiege, wohnt jetzt Halldorferstr. 9 A u. II.
Wesel. Kass.: Heinrich Schellmann, Former, Sohest. 486.

Versammlungskalender.

Nhlen. Sonnabend, 26. November, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
Nithaldensleben. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr bei Fürstenberg. Verwaltungswahl. Die Mitglieder werden gebeten, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, damit nicht nur immer 3—4 Mann anwesend sind, denn die Interesslosigkeit kann doch nicht so weiter gehen.
Uttwasser. Sonnabend, 10. Dezember, abends 7 Uhr im Saale des Gasthofs zum „Deutschen Kaiser“. Neuwahl der Verwaltung. Es ist unbedingt die Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Lohnstatistiken und Bibliothekbücher sind mitzubringen.
Mahreuth. Sonntag, 4. Dezember, vormittags 1/2 10 Uhr bei Schmidt. Neuwahl. Alle erscheinen.
Charlottenburg. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus. Neuwahl. Die Einzelmitglieder werden besonders aufmerksam gemacht, die Lohnstatistiken mitzubringen. Ferner ist es moralische Pflicht eines jeden Mitgliedes, wenn irgend möglich, zu erscheinen.

Döbeln. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr bei Hempel. Neuwahlen und Vortrag des Genossen Bernhard Wunschmann. — Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Giberfeld. Sonnabend, 3. Dezember, abends punkt 1/2 9 Uhr bei Adolphs, Paradesstr. Neuwahl der Verwaltung. Das Erscheinen Aller ist dringend notwendig.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Sonnabend, 10. Dezember, bei Georg Bierhellig, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56. Neuwahlfrage-Vogen sind mitzubringen.

Geringswalde. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im Hotel goldener Anker. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Verschiedenes. Sämtliche Lohnstatistiken sind mitzubringen.

Geschwenda. Sonntag, 4. Dezember, nachm. 3 Uhr im Mergel'schen Lokal. Tagesordnung: 1. Was wir wollen. 2. Diskussion. Referent: Kollege Bentgraf, Golha.

Gotha. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Erholung“. Neuwahl der Verwaltung.

Großbreitenbach. Montag, 5. Dezember, abends 1/2 8 Uhr im Rathause. In der Versammlung findet Neuwahl der Verwaltung statt, auch soll ein Vortrag gehalten werden. Lohnstatistiken sind ausgefüllt mitzubringen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird deshalb erwartet.

Hamburg. (Schilddermaler und verwandte Berufsgenossen.) Dienstag, 6. Dezember, abends 9 Uhr bei Herrn Stange, Zeughausmarkt.

Hermisdorf. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr in der Zentralthalle. Vortrag über: „Die Alters- und Invaliden-Versicherung“. Verwaltungswahl.

Ilmenau. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr im Restaurant zur schönen Aussicht. Wahl der Verwaltung. Das Erscheinen Aller ist dringend notwendig.

Kahla. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr im Hofengarten. Neuwahl der Verwaltung.

Königssee. Sonntag, 11. Dezember, nachmittags punkt 3 Uhr im grünen Grunde. Neuwahl. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen Aller ist erforderlich.

Köppelsdorf. Montag, 5. Dezember, abends 7 Uhr bei Herrn Weber. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen. Von nun an finden die Versammlungen jeden ersten Montag im Monat statt.

Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr bei Bartels, Fabrikenstraße. Neuwahl der Verwaltung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Meißen. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr im Restaurant „Turmhaus“. Wegen stattfindender Neuwahl macht sich das Erscheinen eines jeden Mitgliedes unbedingt notwendig. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen.

München. Sonnabend, 3. Dezember, im Vereinslokal.

Moschendorf. Sonnabend, 3. Dezember, nachmittags 1/2 5 Uhr Generalversammlung bei Dittler. Erscheinen Aller ist notwendig.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 10. Dezember bei Wilh. Herzog. Verwaltungswahl. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Nürnberg. Sonnabend, 17. Dezember, abends 8 Uhr im Felseder. Neuwahlen. Lohnstatistiken sind unbedingt mitzubringen. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich am Plage zu sein.

Ohrdruf. Montag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Simonet. Neuwahl der Verwaltung. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Regensburg. Sonntag, 11. Dezember im Vereinslokal. Verwaltungswahl.

Reichenbach. Sonnabend, den 3. Dezember, 8 Uhr im Ludwigs'schen Lokal. Alle Beiträge müssen bis zum Jahreschluss wegen Abgabe der Kasse beglückt sein.

Roda. Sonntag, 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Neuwahl der Verwaltung. Stiftungsfest. Verschiedenes. Lohnstatistiken sind mitzubringen.

Schirnding. Sonnabend, 3. Dezember. Neuwahl der Verwaltung. Sämtliche Lohnstatistiken sind mitzubringen.

Sorgau. Sonnabend, 3. Dezember, im Süßners Gasthof. Neuwahl der Verwaltung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sophtenau. Sonnabend, 3. Dezember im Vereinslokal. Neuwahl der Verwaltung. Bibliothekbücher sind mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen wird erwünscht.

Suhl. Sonntag, 4. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr zur Dombergsansicht in Suhl. Neuwahl der Verwaltung, u. a. kurze Betrachtung der „Eitg'schan“. Zu zahlreichem Besuch wird aufgefordert.

Spandau. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Dusch, Pichelsdorferstr.

Neuwahl der Verwaltung. Die Lohnstatistiken und Bibliothekbücher sind mitzubringen. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird dringend erachtet.

Teltow. Dienstag, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Außerordentliche Versammlung. Die Lohnstatistiken sind mitzubringen. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Tiefenfurt. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Tirschenreuth. Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 Uhr General-Versammlung bei Herrn Georg Wurm. Neuwahl der Verwaltung. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Uhlstädt. Sonnabend, 3. Dezember, abends 8 Uhr bei Pfister. Neuwahl. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Unterhau. Sonntag, 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Hauschild's Lokal in Roschütz. Generalversammlung verbunden mit Neuwahl. Es ist notwendig, daß jeder pünktlich erscheint, da uns der Saal nur für die Nachmittagsstunden zur Verfügung steht.

Vegeßack. Sonntag, 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal W. Oberich, Buchstraße 8. Verwaltungswahl. Alle Mann an Bord.

Waldsassen. Sonntag, 5. Dezember, nachmittags präzis 2 Uhr General-Versammlung. Pünktliches Erscheinen eines jeden Genossen ist unbedingt notwendig. Bibliothekbücher sind sämtlich abzuliefern.

Weißwasser (O.-L.). Sonnabend, 10. Dezember, abends 8 Uhr im Café Central. Neuwahl.

Berlin III (Schilddermaler). Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr findet bei Bollschlänger, Adalbertstr. 23, unsere

1. General-Versammlung

statt. Da in selbiger die Neuwahl der Verwaltung stattfindet, so genügt wohl der Hinweis, daß es in einem jedem einzelnen Kollegen Interesse liegt, sich an dieser überaus wichtigen Versammlung zu beteiligen. Als auch jeder einzelne es als seine Pflicht erachten muß, wenigstens dieser Versammlung durch persönliches Erscheinen Rechnung zu tragen. Beiträge werden nur in der Versammlung entgegen genommen.

Die Verwaltung.

Berlin III (Schilddermaler). Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, die rückständigen Beiträge zu bezahlen, findet am Sonnabend, den 3. Dezember ein Extra-Zahlabend statt; bei Bollschlänger, Adalbertstr. 21, 7—9 Uhr. Die Marken sind abzurechnen. Die Lohnstatistik ist ausgefüllt mitzubringen. Ausgabe der Mitgliedsbücher und Aufnahmen. Der Kollege Lampe möchte doch die Billeis abrechnen.

Dresden! Porzellanarbeiter!

Sonnabend, den 3. Dezember 1904, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Volkshaus, Maxstraße 13.

Tagesordnung:

1. Bericht der Vertrauensmänner und Vorschläge von 2 Vertrauensmännern und 2 Revisoren.
2. Bericht der Agitationskommission und Neuwahl derselben.
3. Bericht des Gewerkschaftskartell-Delegierten und Neuwahl desselben.
4. Neuwahl von Krankenkontrolluren.
5. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Kolmar i. P. Zu dem am Sonnabend, den 3. Dezember, im Vereinslokal Hotel Usmann stattfindenden

Herbst-Fest

verbunden mit Ball und Theateraufführung sind sämtliche Mitglieder der Zahlstelle eingeladen. Anfang 8 Uhr abends. Die Verwaltung. 1,60]

Schönwald. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 1/2 8 Uhr bei Herrn Wegert

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Einzahlen der Beiträge und Bücher-austausch.
2. Quartalsabschluss.
3. Neuwahl der Verwaltung.
4. Anträge und Beschwerden.
5. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in jeder Versammlung zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Oberkohan. Für das kranke Mitglied August Meinel gingen bei dem Unterzeichneten ein: Von Nymphenburg 5 Mk., von Wilhelm Fischer, Krummenaab 5 Mk. Den Gebern besten Dank. Georg Weidhaas, Oberkohan, Bayern.

Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gest. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos aufgenommen werden. Offerten-Briefen ist jedoch eine Freimarke zur Weiterbeförderung beizulegen.)

Tüchtigen Maler

zum sofortigen Eintritt sucht **Serner Seidenfabrik**, G. m. b. H., Serne i. B.

Einen tüchtigen Maler

sucht Emaillebildfabrik für Emaille- u. Farbschrift. Offerten mit Probezeichnungen und Gehaltsansprüchen an Emaillewerk **Saus Fink**, München II.

Itanbgold, Goldwatte, Spachtelgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen

H. Salomon, Berlin C., Schillingstr. 21/22, Ecke Kaiserstr.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtkm i. Th.

Alle Goldabfälle

werden angekauft und ausgeschmolzen. Höchste Preise, sowie reelle und schnelle Bedienung wird zugesichert.

Max König, Kahla (S.-A.).

Wörthstr. 3. Ilmenau. Wörthstr. 3.

Buchhandlung Karl Reiner

empfehlte sich den geehrten Kollegen und Bibliothekern zur Deckung ihres gesamten Bücherbedarfs.

Jugendchriften und Bilderbücher in allen Preislagen.

Goldschmiedere

und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei reeller Bedienung

Franz Karl, Niederplanitz bei Zwickau i. S., Parkstr. 5 b.

Goldschmiedere,

verlohtes Blanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Man verlange Prospekte. Aelttestes Geschäft dieser Art.



Goldschmiedere, sowie goldhaltige

Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Klöpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt

H. Haupt, Dresden-A. Gneisenaustr. 6.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur:

Fritz Pietsch, Charlottenburg, Rosinenstraße 3. Druck u. Verlag: Otto Gserke, Charlottenburg, Wallstr. 69.